

# SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/176

13. September 1972

Wir spielen uns aufeinander ein

-----  
Zwischenfazit der Besuchs- und Reise-Kooperation

Von Klaus Schütz

Regierender Bürgermeister von Berlin und  
SPD-Landesvorsitzender

Seite 1 und 2 / 55 Zeilen

Stop für die Wirtschaftsgangster

-----  
Moderne Methoden in NRW finden überall Anerkennung

Von Dr. Dr. Josef Neuberger MdL

Justizminister a.D. des Landes Nordrhein-  
Westfalen

Seite 3 und 4 / 86 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Der Bundestag muß reformiert werden

-----  
Die Glaubwürdigkeit des Parlaments wehrt sich  
dem Spiel

Von Bruno Friedrich

Vorsitzender des SPD-Bezirks Franken

Seite 5 und 6 / 79 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn 12, Heuserallee 2-10  
Postfach: 120 408  
Postfach I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37 - 38  
Telex: 666 646 / 666 647/  
666 645 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

## Wir spielen uns aufeinander ein

### Zwischenfazit der Besuchs- und Reise-Regelung

Von Klaus Schütz

Regierender Bürgermeister von Berlin und SPD-Landesvorsitzender

In den letzten Wochen haben wir sehr sorgfältig beobachtet, wie das Verfahren in den Büros für Besuchs- und Reiseangelegenheiten gehandhabt wird. Dabei hat sich bestätigt, daß die DDR-Behörden West-Berliner am gleichen Tage beantragte Berechtigungsscheine für Besuche in Ostberlin wenige Stunden später aushändigen. Die Zahl derjenigen, die in diesen Wochen davon Gebrauch gemacht haben, ist nicht sehr hoch. Ich rechne im Übrigen auch nicht damit, daß es sich tatsächlich in Zukunft um sehr hohe Zahlen im Zusammenhang mit den Sofortbesuchen handeln wird. Schon alleine deshalb, weil die meisten von uns ein Verfahren vorziehen, bei dem man seine Berechtigungsscheine einige Tage vorher beantragt und sich in Ruhe auf die Reise vorbereiten kann.

Wir jedenfalls haben den Vorgang mit Aufmerksamkeit beobachtet und mit Interesse registriert, daß es einige wichtige Verfahrensänderungen gibt, die einen wesentlichen Fortschritt darstellen und die den Menschen drüben und bei uns helfen. Allerdings: Das Thema ist noch nicht abgeschlossen. Eine Reihe von Fragen ist unserer Meinung nach noch nicht voll geklärt. Und wir werden uns weiter darum bemühen, daß die Vereinbarung über die Reise- und Besuchsmöglichkeiten nach Buchstaben und Geist erfüllt wird. Das wird so ruhig wie bisher und frei von Hysterie und Nervosität geschehen.

Es ist dabei nicht sinnvoll, gegeneinander zu polemisieren oder Vorwürfe zu erheben. Das sage ich bewusst, weil es unnötige und unsächliche Meinungsäußerungen aus Ostberlin gegeben hat. Der ständige Kontakt, das Gespräch über alle Probleme, die im Zusammenhang mit der Abwicklung der Vereinbarung über Besuchs- und Reiseangelegenheiten auftreten, ist der einzig sinnvolle Weg. Wir haben in den Monaten seit dem 4. Juni damit gute Erfahrungen

gemacht. Auch wenn der eine oder andere auf unserer Seite ungeduldig und unangemessen reagiert hat. Und wir wissen doch natürlich, daß es nach der langen Periode ohne Kontakte, der Zeit ohne Regelungen nicht leicht ist, sich aufeinander einzustellen und das Vier-Mächte-Abkommen mit seinen deutschen Vorabinbarungen nach Geist und Buchstaben korrekt anzuwenden. Hier bedurfte es einer Zeit der Einarbeitung und der Erfahrungen. Das gilt nicht nur auch für die Bereiche des Vier-Mächte-Abkommens, die nicht unmittelbar unsere Beziehungen zur DDR berühren.

Ich werde in Briefen in den letzten Wochen häufig gefragt, wann denn endlich bestimmte Erleichterungen für den Besuch von Bundesbürgern in der DDR Wirklichkeit werden und wann mit der Realisierung der Zusage der DDR von Verwandtensbesuchen in dringenden Familienangelegenheiten zu rechnen ist.

Die Bundesregierung hat dem Bundesrat den Verkehrsvertrag als Eilvorlage zugesandt. Es ist sichergestellt, daß der Verkehrsvertrag die Ländervertretung ohne Schwierigkeiten präsentiert. Und aus den Äußerungen maßgeblicher Vertreter der drei Parteien des Deutschen Bundestages schließe ich, daß der Vertrag noch vor Auflösung des Bundestages vom Parlament gebilligt werden wird. Dies halte ich für eine Notwendigkeit nicht nur, um den Bundesbürgern den Besuch in der DDR zu ermöglichen, sondern vor allem, um die Härtefallregelung für Bürger der DDR wirksam werden zu lassen. Es wäre gut, wenn gerade im Blick auf das Jahresende diese wichtigen Punkte endgültig geregelt werden könnten. (-/ax/13.9.1972/hgy)

+ + +

## Stop für die Wirtschaftsgangster

Moderne Methoden in NRW finden überall Anerkennung

Von Dr. Dr. Josef Neuberger MCL

Justizminister a.E. des Landes Nordrhein-Westfalen

Als ich mein Amt als Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen übernahm, lagen die Bekämpfungsmethoden der damals bereits erheblich angewachsenen Wirtschaftskriminalität noch in den Anfängen. Das Justizministerium hatte infolgedessen zur wirksamen Eindämmung der Wirtschaftskriminalität einen großen Katalog organisatorischer Maßnahmen zu ergreifen. Durch Rundverfügung vom 30. März 1968 wurden mit Wirkung zum 1. Juni 1968 bei allen landgerichtlichen Staatsanwaltschaften Sonderdezernenten für die Bearbeitung von Wirtschaftsstrafsachen eingesetzt. Die Staatsanwaltschaften in Bielefeld, Bochum, Düsseldorf und Köln wurden zu Schwerpunktstaatsanwaltschaften bestimmt, bei denen in Abteilungen für Wirtschaftsstrafsachen besonders umfangreiche Verfahren bearbeitet werden, und ihnen wurden - erstmalig in der Bundesrepublik - Sachverständige auf dem Gebiet der Betriebswirtschaft, sogenannte Wirtschaftsprüfer, zur Unterstützung der Staatsanwälte zugeordnet.

Daneben wurden Amtsanwälte in umfangreichen Verfahren zur verantwortlichen Mitarbeit herangezogen, die Wirtschaftsreferenten der Schwerpunktstaatsanwaltschaften wurden durch Anstellung von Buchhaltern unterstützt und entlastet. Schließlich wurden die Staatsanwaltschaften, vor allem die Schwerpunktstaatsanwaltschaften, durch Ausstattung mit modernsten Bürogeräten bis hin zu elektronischen Rechenanlagen für die Bearbeitung von Wirtschaftsstrafsachen zu arbeiten.

Gleichzeitig mit diesen organisatorischen Maßnahmen wurde ein Programm zur Spezialfortbildung der in Wirtschaftsstrafsachen tätigen Staatsanwälte und Richter eingeleitet. Hierbei ging und geht es vor allem darum, betriebs- und volkswirtschaftliche Kenntnisse zu vermitteln. Denn wer nicht weiß, wie eine Bilanz aufgestellt und wie sie frisiert werden kann, ist nicht in der Lage, hinter die Kulissen von Schwindelfirmen zu schauen.

Rund vier Jahre sind vergangen, seitdem durch diese erwähnten Maßnahmen die Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität in diesem Lande in besonderem Maße intensiviert worden ist. Die erfolgreiche Bilanz dieser Bemühungen sieht wie folgt aus:

### 1/ Eingesetzte Kräfte:

Am 1. Januar 1972 waren in Nordrhein-Westfalen zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität eingesetzt:

a/ bei den vier Schwerpunktstaatsanwaltschaften 37 Staatsanwälte, acht Amtsanwälte, 14 Wirtschaftsreferenten und sieben Buchhalter; b/ bei den übrigen 15 Staatsanwaltschaften 36 Staatsanwälte, zwei Amtsanwälte und ein Wirtschaftsreferent; also c/ insgesamt 73 Staatsanwälte, zehn Amtsanwälte, 15 Wirtschaftsreferenten und

sieben Buchhalter.

Eine Spezialausbildung ist Staatsanwälten und Richtern in den Jahren 1968 bis 1972 in insgesamt 27 Veranstaltungen vermittelt worden. In diesen Veranstaltungen, bei denen es sich um Kurse der Bundesfinanzakademie in Siegburg und Arbeitstagungen handelte, die das Justizministerium mit Unterstützung des Finanzministeriums durchgeführt hat, haben insgesamt 414 Staatsanwälte und Richter teilgenommen. Bei dieser Zahl ist zu berücksichtigen, daß Staatsanwälte und Richter in einer Reihe von Fällen mehrfach als Teilnehmer erfaßt worden sind, weil die von Justizministerium veranstalteten Arbeitstagungen einen Grund-, einen Aufbau- und einen Fortbildungslehrgang umfassen.

Von den Staatsanwaltschaften des Landes Nordrhein-Westfalen sind in der Zeit vom 1. Juni 1968 bis zum 30. Juni 1970 125 Verurteilungen, 1.149 Wirtschaftsstrafsachen, vom 1. Juli 1970 bis zum 30. Juni 1971 (12 Monate) 1.065 Wirtschaftsstrafsachen und vom 1. Juli 1971 bis zum 30. Juni 1972 (12 Monate) 1.554 Wirtschaftsstrafsachen bei der Verurteilung worden. Entsprechend sehen die Indexpfahlen für die abgewanderten Wirtschaftsstrafverfahren aus. Das bedeutet:

Nachdem die eingeleiteten Maßnahmen im Laufe des Jahres 1970 voll wirksam geworden waren, konnten in den jeweils 12 Monaten vom 1. Juli 1970 bis zum 30. Juni 1971 und vom 1. Juli 1971 bis zum 30. Juni 1972 jeweils mehr Verfahren abgeschlossen werden als in den vorausgegangenen 25 Monaten vom 1. Juni 1968 bis zum 30. Juni 1970 zusammen.

All diesen Maßnahmen liegt das Konzept zugrunde, daß in der Industriegesellschaft die Wirtschaftskriminalität, eine besonders gefährliche Spielart der Kriminalität, wirksam nur bekämpft werden kann, wenn es gelingt, die Waffengleichheit zwischen den Strafverfolgungsorganen auf der einen und den Wirtschaftsstrafgelehrten und ihren Verteidigern auf der anderen Seite herzustellen. Weil diese Waffengleichheit vor 1968 in dem heute vorhandenen Umfang nicht bestand, schleppten sich Wirtschaftsstrafverfahren unerträglich lang hin. Ihr Ergebnis war dementsprechend in der Regel völlig unbefriedigend.

Wie die angeführten Zahlen beweisen, hat sich das Grundkonzept bewährt. Das wird heute auch über die Grenzen Nordrhein-Westfalens hinaus in den übrigen Bundesländern und im Ausland anerkannt. Denn die in NRW getroffenen Maßnahmen werden nicht nur von fast allen Bundesländern übernommen, sondern auch international anerkannt. Dies ist besonders deutlich geworden auf einer vom Gottlieb-Duttke-Institut für wirtschaftliche und soziale Studien in München (Zürich) veranstalteten Tagung über Wirtschaftskriminalität, an der aus elf Staaten etwa 170 Sachverständige aus Justiz, Polizei und Wirtschaft teilgenommen haben. Auf dieser Veranstaltung sind die Maßnahmen von Nordrhein-Westfalen als "Modellfall" für andere Länder bezeichnet worden. Auch der stellv. Generalstaatsanwalt von Paris, Jean Cossou, hat das Konzept und die daraus sich ergebenden Maßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität in einem Buch über Wirtschaftskriminalität als rechtspolitisch innovativen Versuch charakterisiert.

(-/ex/13.9.1972/ks)

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Der Bundestag muß reformiert werden (I)

---

Die Glaubwürdigkeit des Parlaments steht auf dem Spiel

Von Bruno Friedrich

Vorsitzender des SPD-Bezirks Franken

Der Bundestag sei durch die Affäre Dorn/Raffert ins Zwielicht geraten, hat Bundestagspräsident Kai-Uwe von Hassel CDU-MdB erklärt. Der Präsident hat geirrt, denn der Bundestag hat sich längst in das Halbdunkel fragwürdiger Vorgänge begeben. Die Notwendigkeit von Neuwahlen ergibt sich aus einer Summe bedenklicher zwielichtiger Geschehnisse, die berechtigte Zweifel auslösen, ob der Bundestag fähig, vor allem ob er überhaupt entschlossen ist, Würde und Ansehen des Parlaments zu wahren. Die bisher vorgebrachten Entschuldigungen und die zugleich erkennbaren Rücksichtnahmen müssen außerhalb des Parlaments einen ohnmächtigen Zorn auslösen. Dies kann nicht ohne Folgen bleiben. Die Rechnung wird eines Tages präsentiert werden, es sei denn, man hat den Mut, die Dinge beim Namen zu nennen und man hat den Willen, bisher Geschehenes künftig zu verhindern. Deshalb darf die Diskussion um die Reform unseres Parlaments nicht über den Wahltermin hinaus verschoben, darf auf sofort mögliche energische Maßnahmen nicht verzichtet werden.

Das Zwielicht im Bundestag begann, als die Abg. Mendig, Starke und Zoglmann, über die Landesliste gewählt, demonstrierten, wie wenig ihnen der Wählerwille, der sich für das politische Ziel der FDP beim Ankreuzen auf dem Stimmzettel entschieden hatte, Verpflichtung war. Als in der Affäre Geldner der Verdacht nicht mehr von der Hand zu weisen war, daß Abgeordnete mit finanziellen Versprechungen zum Parteivorschlag veranlaßt werden sollen, ahnten viele die Spitze eines Eisberges. Später kamen die Übertritte der Abg. Holms, Hupka, Schulz, Müller und Seume; fast immer vollzog sich der Wechsel in einem Halbdunkel wochenlanger Spekulationen. War dies nicht Kraftfutter für die Argumente derer, die das parlamentarische System insgesamt für morbid halten? Daß ein Finanz- und Wirtschaftsminister seinen Hut nimmt, ist ein in jeder Regierung möglicher Vorgang. Doch daß der Abg. Schiller sieben Wochen die Öffentlichkeit spekulieren ließ: SPD oder CDU oder Wirtschaft; oder daß nach all den für die Bundesrepublik beschämenden Veröffentlichungen vertraulicher Dokumente über internationale Verhandlungen zwei Parlamentarische Staatssekretäre sich nicht entblödet haben, von einem an diesen Vertrauensbruch beteiligten Verlag Beraterverträge anzunehmen; daß die CDU/CSU einen Kanzlerkandidaten benennt, der, im Verteidigungsausschuß sitzend, von einer Rüstungsfirma 60.000 Mark Beraterhonorar empfangen hat; dies alles riecht nach faulen Äpfeln, gewachsen am gleichen Baum, genannt Bundestag.

Viele meinen, die frische Luft einer Neuwahl werde rettend wirken. Mag sein. Falsch wäre es, sich darauf zu verlassen.

Die SPD darf sich mit diesem Hinweis nicht zufrieden geben.

Sicher, der bevorstehende Wahlkampf eignet sich, auf den ersten Blick, schlecht für eine Erörterung, wenn man nach dem Motto diskutiert: "Haust Du mir meinen Dorn und meinen Kaffee, hau ich Dir Deinen Barzel!" Der Wähler wird aber möglicherweise weniger nach der schmutzigen Wäsche sondern mehr nach dem anzuwendenden Waschrittel fragen, auch danach, ob die Parteien endlich bereit sind, die reinigende Lauge anzuführen. Hier liegt auch die Chance des Wahlkampfes. Selten kann der Wähler seine Parlamentarier und Parteien so deutlich fragen wie kurz vor dem Wahltag.

#### Die SPD muß handeln

Mehr als andere Parteien ist hier die SPD gefordert, ist sie doch vor allen anderen Parteien Vertreter der Menschen in unserem Volk, die Monat um Monat zwischen 250 Mark und 2.500 Mark verdienen; Menschen, die angewiesen sind auf die gesetzlich beschlossene Rentenerhöhung oder auf die von den Gewerkschaften vereinbarten Tarifserhöhungen. Es gibt keine Beraterverträge für Rentner, für Arbeiter und für Angestellte, auch nicht für Hausfrauen.

Die Mitglieder der SPD sind Menschen, die ihre Rechte an Arbeitsplatz gegen jene, die Beraterverträge finanzieren, erkämpfen mußten und noch erkämpfen müssen. Die Unterzeichnung eines Beratervertrages ist für Sozialdemokraten die Korruption der Idee des demokratischen Sozialismus. Deshalb muß in der SPD der Abschluß von Beraterverträgen unvereinbar sein mit der Wahrnehmung eines Parlamentsmandates.

Die SPD hat sich, nur mit großem Zögern und nur begrenzt für die Staatsfinanzierung der Parteien ausgesprochen: sie will gegenüber dem Staat unabhängig sein. Sie muß sich aber auch ihre Entscheidungsfreiheit gegenüber finanzstarken gesellschaftlichen Gruppen bewahren: denn nur dann ist sie fähig, unabhängig von Gruppenegoismus wirksame Reformen für das Gemeinwohl durchzusetzen. Die Entscheidungsfreiheit der SPD wird unterlaufen, wenn jene, die als Abgeordnete das Gemeinwohl zu vertreten haben, durch Beraterverträge in ihrer Entscheidungsfreiheit eingeengt und letztlich Endes politisch korrumpiert werden.

(Fortsetzung folgt am 14. September 1972) / (Quelle: "Sozialdemokrat")

\* \* \*

\* \* Berichtigung

\* \* "Stefan Olszowski in Bonn"

\* \* Bitte korrigieren Sie in diesem Artikel vom 12. September  
\* \* in dritten Absatz:

\* \* "...geboren wurde und dessen Vater noch ein preußisches  
\* \* Gymnasium besucht hat, spricht fließend deutsch und ist so  
\* \* sich..."